



Niederschrift

Finanzausschuss

19. Wahlperiode - 121. Sitzung

am Donnerstag, dem 25. November 2021, 13:30 Uhr,
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Stefan Weber (SPD) Vorsitzender
Tobias Koch (CDU)
Volker Nielsen (CDU)
Ole-Christopher Plambeck (CDU)
Birgit Herdejürgen (SPD)
Thomas Rother (SPD) i. V. v. Beate Raudies
Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Joschka Knuth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Annabell Krämer (FDP)
Lars Harms (SSW)

Weitere Abgeordnete

Jörg Nobis (Zusammenschluss der AfD)

Fehlende Abgeordnete

Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Nachschiebeliste der Landesregierung zum Haushaltsentwurf 2022	4
	Umdruck 19/6735 Stellungnahme des Landesrechnungshofs zum Haushaltsentwurf 2022 Umdruck 19/6693	
2.	Bereitstellung von Mitteln aus dem Corona-Nothilfeprogramm für politische Bildungseinrichtungen	5
	Vorlage des Bildungsministeriums Umdruck 19/6656	
3.	Verschiedenes	6

Der Vorsitzende, Abg. Weber, eröffnet die Sitzung um 13:30 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einstimmig beschließt der Ausschuss, die [Umdrucke 19/6659](#), [19/6716](#) und 19/6738 (UKSH), [Umdruck 19/6739](#) (Landesbürgschaften) und die Anlagen von [Umdruck 19/6734](#) (Staatskanzlei) im Sinne des § 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung vertraulich zu behandeln und die Inhalte geheim zu halten.

1. Nachschiebeliste der Landesregierung zum Haushaltsentwurf 2022

[Umdruck 19/6735](#)

Stellungnahme des Landesrechnungshofs zum Haushaltsentwurf 2022

[Umdruck 19/6693](#)

Finanzausschuss und Finanzministerium vereinbaren, dass die Fraktionen Fragen einreichen, die die Landesregierung bis zum 1. Dezember 2021 schriftlich beantwortet.

Rechnungshofpräsidentin Dr. Schäfer kritisiert die Ermächtigung im Haushaltsbegleitgesetz, bereits für das laufende Haushaltsjahr etwaige strukturelle Haushaltsüberschüsse einer Rücklage zugunsten von zusätzlichen pandemiebedingten Mehrausgaben zuführen zu können. Vielmehr müssten Haushaltsmittel, die nicht mehr benötigt würden, zur Reduzierung der Kreditaufnahme verwendet werden. Das Gleiche gelte für die in Artikel 4 - Änderung des Haushaltsgesetzes - vorgesehene Rückkehr zur Restkreditemächtigung, für die im Übrigen im Landtag eine Zweidrittelmehrheit erforderlich sei.

Finanzministerin Heinold bekräftigt das Ziel der Landesregierung, alle eingeplanten, nicht verausgabten Mittel zur Nothilfe verwenden zu können, und kündigt zu beiden Fragen eine schriftliche Stellungnahme der Landesregierung an.

2. Bereitstellung von Mitteln aus dem Corona-Nothilfeprogramm für politische Bildungseinrichtungen

Vorlage des Bildungsministeriums

[Umdruck 19/6656](#)

Einstimmig erteilt der Finanzausschuss die erbetene Zustimmung.

3. Verschiedenes

a) Ministerin Heinold teilt mit, die Landesregierung habe die Bestellung weiterer Coronatests für Schulen (24 Millionen €) und Kindertagesstätten (4 Millionen €) auf den Weg gebracht, die im Rahmen der Nothilfe finanziert würden. Sie werde dem Finanzausschuss so schnell wie möglich eine entsprechende Vorlage zuleiten.

b) Die nächste Finanzausschusssitzung findet am 2. Dezember 2021 im Plenarsaal statt.

Der Vorsitzende, Abg. Weber, schließt die Sitzung um 14:00 Uhr.

gez. Stefan Weber
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer